

## Stellungnahme Planungsbericht Zukunft Justizvollzug Luzern

Die Stellungnahme wurde noch nicht übermittelt.

**Thematik:**

Planungsbericht Zukunft Justizvollzug Luzern

**Teilnehmerangaben:**

FDP.Die Liberalen Luzern  
FDP.Die Liberalen Luzern  
Waldstätterstrasse 5  
6003 Luzern

**Kontaktangaben:**

Kanton Luzern  
Justiz- und Sicherheitsdepartement  
Postfach 3768  
6002 Luzern

E-Mail-Adresse: [jsdds@lu.ch](mailto:jsdds@lu.ch)  
Telefon: 041 228 59 17

**Teilnehmeridentifikation:**

214747

## Allgemeiner Eindruck

### Frage 1: Themenabdeckung im Planungsbericht

Deckt der Entwurf des Planungsberichts Zukunft Justizvollzug Luzern alle relevanten Themen ab? Vermittelt er einen umfassenden Überblick über den Zustand des Justizvollzugs im Kanton Luzern und den damit verbundenen Handlungsbedarf?

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

#### Bemerkung:

Die FDP,Die Liberalen begrüsst, dass eine belastbare Grundlage für die Beurteilung des Handlungsbedarfs im Kanton Luzern geschaffen wurde.

### Frage 2: Grundsätzliche Einschätzungen

Teilen Sie grundsätzlich die Einschätzungen zu den Herausforderungen im Justizvollzug?

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

### Frage 3: Zielführungen der Massnahmen

Sind die aufgezeigten Massnahmen des Kantons Luzern zum Justizvollzug grundsätzlich richtig und zielführend?

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

### Frage 4: Fünf Handlungsfelder

Sind Sie grundsätzlich mit den definierten fünf Handlungsfeldern (Bedarfsgerechter Ausbau, Alternativen zur Haft, Spezifische Versorgungsstrategien, Kooperation und Koordination sowie Gewaltprävention und Resozialisierung) einverstanden?

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Frage 5: Bedarfsgerechter Ausbau, Massnahmen**

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Bedarfsgerechter Ausbau»? (Kapitel 7.1)

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Die FDP, Die Liberalen verlangt eine Weiterbetreibung der temporären Haftplätze in beiden JVA. Langfristig ist zu prüfen, wie zusätzliche Haftplätze geschaffen werden können (Erweiterungen bestehende JVA). Das Vorgehen nach 2035 wird nicht relevant skizziert. Die Haftplatzproblematik wird im Kanton Luzern wie auch im Konkordat - trotz schweizweit zusätzlich 800 Plätzen bis 2035 - ohne weiteren erheblichen Ausbau prekär bleiben. Diese Herausforderung ist im kantonalen (Konkordats-) Verbund anzugehen.

**Frage 6: Alternativen zur Haft, Massnahmen**

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Alternativen zur Haft»? (Kapitel 7.2)

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Für die FDP stellt sich folgende Frage: welches sind die weiteren alternativen Haftformen neben dem passiven Electronic Monitoring? Auf solche wird im Bericht zu wenig eingegangen.

**Frage 7: Spezifische Versorgungsstrategien, Massnahmen**

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Spezifische Versorgungsstrategien für besonders betroffene Gruppen»? (Kapitel 7.3)

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Frage 8: Kooperation und Koordination, Massnahmen**

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Kooperation und Koordination»? (Kapitel 7.4)

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Die FDP begrüsst die Verstärkung der Kooperation und Koordination, insbesondere im Bereich der zentralen Haftplatzkoordination.

Gemäss Kapitel 6.2 ist damit zu rechnen, dass auch in Zukunft geeignete Haftplätze für die U-Haft nur eingeschränkt verfügbar sind.

Es sind Vollzugsplätze im Konkordat zu schaffen, um mehr U-Haftplätze im Kanton Luzern zu erhalten und dem prognostizierten Engpass nach 2035 entgegenzuwirken. Personen in U-Haft müssen der Strafverfolgungsbehörde während der Haftdauer für Befragungen mehrfach zur Verfügung gebracht werden können; Transportwege sind notwendigerweise kurz zu halten. Dieser Umstand wird im Bericht nicht berücksichtigt. Die FDP fordert deshalb keine Prüfung von Einkauf von U-Haftplätzen im Konkordat als Alternative. Ob überhaupt ein Angebot für einen Einkauf von U-Haftplätzen besteht, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Die FDP stellt sich die Frage, ob nicht längerfristig geprüft werden müsste, ob zentral ein Untersuchungshaftgefängnis erstellt werden müsste mit kurzen Wegen zu den Gerichten und der Staatsanwaltschaft?

**Frage 9: Gewaltprävention und Resozialisierung, Massnahmen**

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Gewaltprävention und Resozialisierung»? (Kapitel 7.5)

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Der Einsatz von dynamischem Electronic Monitoring wurde im Kanton Zürich bereits erfolgreich geprüft. Die FDP fordert die Prüfung einer raschen, kantonsübergreifenden, koordinierten Umsetzung, wie das im zitierten Bericht über das Zürcher Pilotprojekt dargestellt ist.

Die Wirkung einer Rückkehrberatung ist aus Sicht der FDP fraglich, ob diese zielführend ist und die unerlaubte Wiedereinreise verhindern kann.

Die FDP hinterfragt, ob die Abgabe von Passepartout-Abonnements wirklich zu einer Reduktion von Bussen und Ersatzfreiheitsstrafen führt, sondern eher einen Anreiz schafft.

**Frage 10: Handlungsfelder um Herausforderungen anzugehen**

Welches Handlungsfeld erachten Sie als am wirksamsten, um die beschriebenen Herausforderungen anzugehen?

- Bedarfsgerechter Ausbau
- Alternativen zur Haft
- Spezifische Versorgungsstrategien
- Kooperation und Koordination
- Gewaltprävention und Resozialisierung
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Das Handlungsfeld «Bedarfsgerechter Ausbau» erachtet die FDP als zentral, da ausreichende Haftplatzkapazitäten die Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Justizvollzug bilden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der geplante Ausbau von Polizei und Staatsanwaltschaft voraussichtlich zu einem zusätzlichen Bedarf an Haftplätzen führen wird. Zusammen mit dem Bevölkerungswachstum ist deshalb davon auszugehen, dass die Nachfrage auch über 2035 hinaus hoch bleiben wird. Ohne einen konsequenten und langfristig ausgerichteten Ausbau der Vollzugskapazitäten besteht die Gefahr, dass das Funktionieren des Justizsystems nachhaltig beeinträchtigt wird.

**Frage 11: Zustimmung «Zukunft Justizvollzug Luzern»**

Stimmen Sie dem Planungsbericht «Zukunft Justizvollzug Luzern» insgesamt zu?

- Ja
- Mehrheitlich ja
- Mehrheitlich nein
- Nein
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Die FDP, Die Liberalen Luzern unterstützt den Planungsbericht zur Zukunft des Justizvollzugs im Grundsatz. Der Bericht schafft eine solide Grundlage, um die Herausforderungen im Luzerner Justizvollzug anzugehen. Gleichzeitig besteht aus Sicht der FDP in folgenden Bereichen weiterer Handlungsbedarf.

**Haftplatzkapazitäten langfristig sichern:**

Die FDP begrüsst den geplanten Ausbau der Haftkapazitäten. Die heutigen Engpässe werden sich jedoch auch nach 2035 nicht von selbst lösen. Deshalb braucht es bereits heute eine langfristige Strategie, wie zusätzliche Haftplätze im Kanton und innerhalb des Konkordats geschaffen werden können.

**Alternativen zur Haft konsequent weiterentwickeln:**

Moderne Vollzugsformen können einen wichtigen Beitrag leisten. Die FDP unterstützt deshalb Alternativen zur Haft, fordert jedoch eine vertiefte Prüfung weiterer Modelle. Insbesondere beim dynamischen Electronic Monitoring sollen erfolgreiche Erfahrungen anderer Kantone rasch genutzt und schweizweit koordiniert umgesetzt werden.

**Kooperation stärken und Untersuchungshaft neu denken:**

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und eine zentrale Haftplatzkoordination sind wichtige Schritte. Gleichzeitig müssen genügend Untersuchungshaftplätze in der Nähe von Gerichten und Staatsanwaltschaften verfügbar bleiben. Die FDP fordert deshalb, zusätzliche Lösungen innerhalb des Konkordats sowie langfristig auch den Bau eines zentralen Untersuchungshaftgefängnisses zu prüfen.

**Massnahmen kritisch auf ihre Wirkung überprüfen:**

Die FDP unterstützt den Fokus auf Gewaltprävention und Resozialisierung. Gleichzeitig müssen einzelne Massnahmen ihre Wirksamkeit nachweisen. So bestehen beispielsweise Zweifel, ob Rückkehrberatungen unerlaubte Wiedereinreisen wirksam verhindern oder kostenlose ÖV-Abonnemente tatsächlich zu weniger Ersatzfreiheitsstrafen führen.

**Menschenwürdige Unterbringung sicherstellen:**

Auch im Strafvollzug müssen rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten werden. Die FDP begrüsst deshalb Verbesserungen mit dem geplanten Sicherheitszentrum Rothenburg. Bis zu dessen Inbetriebnahme sollen Übergangslösungen sicherstellen, dass Beschuldigte während ihres Aufenthalts menschenwürdig untergebracht werden.

Die FDP, Die Liberalen Luzern stimmt dem Planungsbericht insgesamt zu, erwartet jedoch, dass die langfristige Planung konsequent weiterentwickelt und die offenen Fragen im weiteren Projektverlauf beantwortet werden.

**Frage 12: Bemerkungen**

Haben Sie abschliessende Bemerkungen?

- Ja
- Nein
- Keine Antwort

**Bemerkung:**

Dem Kantonsgericht wurde in der Vergangenheit vereinzelt von Beschuldigten mitgeteilt, dass sie - überführt aus (ausserkantonalen) Vollzugsanstalten zwecks Teilnahme an der Hauptverhandlung in Luzern - für kurze Zeit in (Polizei-)Zellen untergebracht waren. Dabei wurde in Frage gestellt, ob diese (Polizei-)Zellen den Mindeststandard gemäss EMRK erfüllen.

Mit der Realisierung des Sicherheitszentrums Rothenburg (SRZ), wird diese Situation verbessert. Allenfalls kann mit baulichen Massnahmen die Situation temporär verbessert werden, bis das SRZ in Betrieb genommen werden kann.

Begründung: Die beschuldigte Person ist grundsätzlich zur Teilnahme an der Hauptverhandlung vor Kantonsgericht verpflichtet. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die beschuldigte Person dar. Dass sie die Nacht davor unter zumutbaren Bedingungen verbringen kann und eine ordentliche Morgenroutine (inkl. Körperpflege) gewährleistet ist, soll als Minimalstandard garantiert sein, um die Menschenwürde zu achten.

**Text-Rückmeldungen**

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Planungsbericht Zukunft Justizvollzug Luzern		Keine Antwort	Keine Antwort
Allgemeine Würdigung		Keine Antwort	Keine Antwort